Kritik ebbt nicht ab

Start der Terminservicestellen

Das Warten auf einen Termin beim Facharzt hat für viele Patienten ein Ende. Im Januar haben die im GKV-Versorgungsstärkungsgesetz beschlossenen Terminservicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) ihre Arbeit aufgenommen. Kurz vor dem Start erneuerte die KV Hessen ihren Unmut über die gesetzliche Pflicht. „Bundesweit werden für die Lösung eines allenfalls in wenigen Fachgebieten bestehenden Terminproblems Millionen Euro investiert – und dies mit sehr zweifelhaftem Nutzen für die Versicherten. Wir bleiben dabei: Das ist Symbolpolitik“, hieß es in einer Pressemitteilung.

Nach Prognosen der KV Hessen wird sie pro Monat 25.000 Termine vermitteln müssen. Dafür rechnet sie mit jährlichen Kosten von einer halben Million bis 1,3 Millionen Euro. Aus

Sicht der KV verschärften Patienten durch den mehrfachen Besuch zweier oder mehrerer Fachärzte und durch nicht abgesagte Arzttermine zusätzlich das Problem. Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, forderte in Zeitungen der Funke Mediengruppe, eine stärkere Steuerung der Patienten. Ein ungehinderter Zugang zum Arzt könne auf Dauer nicht aufrecht erhalten werden, sagte er dort.

Das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz hat der Bundestag im Juni 2015 beschlossen. Das Gesetz regelt unter anderem, dass die bei den KVen angesiedelten Terminservicestellen Patienten innerhalb von vier Wochen einen Termin beim Facharzt vermitteln. Wenn dies nicht gelingt, hat der Patient Anspruch auf eine ambulante Behandlung im Krankenhaus. *cas*

KZBV und BZgA klären in den Praxen gemeinsam auf

„Organspende – Ihre Zahnärzte informieren, Sie entscheiden!“

Vertragszahnärztinnen und Vertragszahnärzte in vielen Teilen Deutschlands informieren ihre Patientinnen und Patienten in Zukunft über die Möglichkeit einer Organ- und Gewebespende. Das ist das Ergebnis einer Kooperation von Kassenzahnärztlicher Bundesvereinigung (KZBV) und der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Unter dem Motto „Organspende – Ihre Zahnärzte informieren, Sie entscheiden!“ erhalten Tausende von Praxen Flyer und Broschüren zu Fragen rund um das Thema Organspende. Auch der Organspendeausweis, mit dem die Entscheidung für oder gegen eine Organspende mitgeteilt werden kann, ist direkt vor Ort erhältlich. Ebenso wird auf das Infotelefon der Deutschen Stiftung Organspende (DSO) und der BZgA aufmerksam gemacht.

© Andrea Warnecke / dpa

„Gemeinwohlverpflichtung war für Zahnärzte schon immer ein wichtiges Anliegen“, sagte Dr. Wolfgang Eßer, Vorsitzender des Vorstandes der KZBV zum Auftakt der Aktion. „Vor diesem Hintergrund setzen wir uns auch für dieses gesundheitspolitisch besonders relevante Thema ein, das jeden Menschen und seine Angehörigen sehr plötzlich und konkret betreffen kann.“ Die Kooperation von KZBV und BZgA soll das Vertrauen der Bevölkerung in die Organspende stärken. Im vergangenen Jahr bekamen 4000 Menschen in Deutschland ein neues Organ, etwa 11.000 stehen noch auf der Warteliste. Nach den Organspendeskandalen in der Vergangenheit ist die Bereitschaft zur Organspende in Deutschland zurückgegangen. Seit dem Jahr 2012 gilt im Rahmen des Transplantationsgesetzes die sogenannte Entscheidungslösung. Diese sieht vor, dass jeder Mensch sich über das Thema Organspende informieren und auf dieser Grundlage eine selbstbestimmte Entscheidung treffen sollte. Diese kann dann im Organspendeausweis dokumentiert werden. Wird keine Entscheidung getroffen, werden die Angehörigen gefragt, ob sie einer Organspende des Verstorbenen zustimmen. *red*

++Termine und Personalien+++ Termine und Personalien+++ Termine und Personalien+++ Termine und Personalien

Nachfolger gefunden

Nowoczyn ist neuer BÄK-Hauptgeschäftsführer

Der Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK) hat den 48-jährigen Tobias Nowoczyn zum neuen Hauptgeschäftsführer berufen. Nowoczyn bringt in seine neue Tätigkeit langjährige Managementenerfahrung in verschiedenen Feldern der Sozial- und Wohlfahrtsarbeit sowie der Gesundheitswirtschaft mit ein. Zuletzt leitete er acht Jahre den Bereich Wohlfahrtspflege im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes. Als eines der vordringlichsten Ziele sei-

ner Arbeit nannte Nowoczyn die Stärkung der ärztlichen Freiberuflichkeit und der ärztlichen Selbstverwaltung. „Wir müssen alles daran setzen, die ausgezeichnete Patientenversorgung für alle in Deutschland lebenden Menschen zu bewahren und weiter auszubauen“, sagte der neue BÄK-Hauptgeschäftsführer. Nowoczyn tritt die Nachfolge von Dr. Bernhard Rochell an, der die Bundesärztekammer im September 2014 verlassen hat. *red*